

er ein Herr
schen Bau-
abend hält
einen Vor-
emeinschaft
nichts mit
oder für
ystem In-

n Morgen
eines nicht
er sonnen-
nd Sonne
end eines
Erde und
nem Lauf
mer Bahn-
audert er
bei. Mer-
und No-
menscheibe
wird am
Eintritt
Austritt
me wird
als Kohl-
tergrund
er beion-
der Erde
nen Vor-
me weit
Novem-
2004 ein-

espondenz
e in den
über die
Gemein-
gefalten,
stern. —
Steuern,
hfinanz-
ft natür-
oder an
ist. In
icht jenes
ie wird

en Tagen
Martini,
urte, zur
war die
lege ihrer
n unserem

Kapelle.
n Sonn-
ind es
it wurde.
er kleinen,
n, festlich
n begeben.
Sofaunen-
us einige
r. Allen-
schwun-
a. D. J.
Er ent-
die Ent-
thobisten-

mmigen
im in
Schlamm
en."

hilt?"
achte
nd des-
b seine
s Gottt
k, hakt
a raga-

nd mi-
enn du
ie dir
einmal

nd noch
e end-
ie mit
weil ich

ffater.
Gottt
g sein
Eränen
Tann
ühren
u m-
15 —
t.)

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen „Feiertunden“ und „Unsere Heimat“

Bezugspreise:
Monatlich einschließlich Trägerlohn M 1.60
Einzelnummer 10 S
Erscheint an jedem Werktag
Verbreitetste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold
Veröffentlichung, Druck u. Verlag von G. W. Sailer (Karl Sailer) Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Seite aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 S, Familien-Anzeigen 12 S, Reklame-Selle 45 S, Sammelanzeigen 50%, Aufschlag für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Gramm-Adresse: Gesellschafter Nagold. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postcheckkonto Stuttgart 6113

Nr. 256

Seit 1827

Mittwoch, den 2. November 1927

Fernsprecher Nr. 29

101. Jahrgang

Tagespiegel

Der zum Botschafter in Washington ausersehene Botschaftsrat von Britton hatte in Berlin eine Besprechung mit Dr. Stresemann.

Das „New Yorker Journal of Commerce“ will wissen, in nächster Zeit werde eine Besprechung der am Dawesvertrag beteiligten Gläubigerstaaten und den Gläubigern der deutschen Auslandsanleihen stattfinden, um die Frage klarzustellen, welche Gläubigergruppe hinsichtlich der deutschen Transferleistungen bevorzugt sei. (Vgl. den Artikel des „Manchester Guardian“ unter Neues vom Tage.)

Der jächsische nationalsozialistische Abg. Kapitänleutnant von Müde hat sein Landtagsmandat niedergelegt. In der Begründung erklärte von Müde, daß Parlamentarismus „organisierter Müßiggang“ sei.

Der König von England hat an den Erftminister der Südafrikanischen Union, General Herzog, persönlich ein Telegramm geschickt und seine Freude über die Lösung der Flaggenfrage ausgesprochen.

Die Nationale Bauernpartei in Rumänien hat es abgelehnt, eine Koalition mit der Regierung Brasiliann einzugehen.

Lloyd George auf dem Kriegspfad

Lloyd George rüstet mit Eifer für die nächsten Wahlen, er möchte wieder Erftminister werden. Die Wahlen können über Nacht kommen, je nachdem es der herrschenden konservativen Partei paßt. Lloyd Georges Vorbereitungen begannen mit der Kalkulation des ehrenwerten Lord Oxford, der einmal ein schlicht bürgerlicher Minister war. Damit wurde dem Zwiespalt in der Führung der Partei ein Ende gemacht. Von langer Hand hat die Partei auch ein Land- und Boden-Programm vorbereitet, von dem sie sich, vielleicht nicht mit Unrecht, eine besondere Zugkraft verspricht. Lloyd George ist aber offenbar auch der Meinung, daß, wer das Rennen machen will, dem Wähler außenpolitisch etwas zu bieten haben muß. Nicht die abgefangenen Redensarten, hinter denen die wirklichen Ziele und Pläne verborgen gehalten werden, sondern etwas Neues, was die Phantasie des Wählers packt und gefesselt hält.

Man mag über die Persönlichkeit des Mannes denken wie man will — und wir Deutschen haben wahrlich keinen Anlaß, ihn zu lieben, und wollen, falls er wieder zur Regierung käme, vor ihm auf der Hut bleiben —, aber es ist nicht zu leugnen, daß Lloyd George als Anführer und Treiber einer Volksbewegung, als Demagoge großen Stils, seinesgleichen in der Gegenwart kaum hat.

Hüten muß man sich nur, die Reden, die Lloyd George im Wahlkampf hält, anders zu werten, als sie von ihm selbst gemeint sind, nämlich als Mittel zu seinem augenblicklichen Zweck. Wir könnten einen schweren Fehler begehen, wenn wir aus den Reden, die Lloyd George bis zum Tag der Neuwahlen hält, auf die Politik schließen wollten, die er als neuer Erftminister etwa uns gegenüber treiben würde. Durchaus berechtigt aber sind wir, den Inhalt dieser Reden, soweit er sachliche Feststellungen trifft die auch uns angehen, als Dokument der Zeit zu verwerten. Denn wenn Lloyd George über den Versailler Vertrag, seine erzwungene Annahme und ihre Folgen redet, so redet der Mann, der dabei eine der sehr wenigen maßgebenden Stellen eingenommen hat.

Und Lloyd George hält es für zweckmäßig, über den Versailler Vertrag und was damit zusammenhängt, eine Reihe von Wahrheiten auszusprechen, die vor acht, neun Jahren zwar verdienstvoller gewesen wären, uns aber auch heute noch willkommen sein sollen als Hilfsmittel für eine Politik, die mit Frieden und Veröhnung, mit Recht und Freiheit, mit Gleichberechtigung und Selbstbestimmung endlich Ernst machen möchte. Lloyd George stellt also in erster Linie fest, daß England „eine besondere Verantwortung“ hat für das Schema, nach dem der Völkerbund aufgestellt wurde. Er sagt weiter wörtlich: „Ein Völkerbund, der von seinen Unternehmungen alle Fragen ausschließt, die den Mächtigen un bequem sind, ist ein Spott und eine Schande.“ Er sieht eine Gefahr ebenso im mangelnden Schutz für die Minderheiten in annektierten Gebieten, wie in der fort dauernden Besetzung des Rheinlands, „nachdem Deutschland eine ernste und erfolgreiche Anstrengung gemacht hat, sich an die ihm auferlegten Verpflichtungen zu halten“.

Die Deutlichkeit dieser Ausdrucksweise aber ist noch nichts im Vergleich zu dem, was Lloyd George zur Frage der Abrüstung äußert. Er spricht hier von der „Schande der Siegervölker“. Er verweist auf den schreienden Widerspruch, daß sie „10 Millionen Mann“ unter den Waffen halten, während den besiegten Völkern nur 250 000 Mann gestattet sind. Solange es große Rüstungen gibt — warnt er —, wird es große Kriege geben. Und er findet für die „offenkundige Mißachtung des Versprechens über Abrüstung“ die völlig eindeutige Kennzeichnung: „Es sei denn, daß die, die den Vertrag erzwangen, auch abrüsten, sonst wird ein grober Bruch von Treu und Glauben vorliegen.“ Bedenkt man, welche Rolle

Stresemann über Wohllebigkeit und Einheitsstaat

Dresden, 1. Nov. Bei dem jährlichen Essen, das die Dresdener Kaufmannschaft am Reformationsfest gibt, war auch Außenminister Dr. Stresemann zu Gast, der früher Syndikus eines sächsischen Industrieverbandes war. Er hielt eine Rede, in der er ausführte: Trotz der augenblicklichen günstigeren Konjunktur bestehen Gefahren für die Zukunft. Deutschland brauche die Milliarden der Auslandsanleihen, und es sei gut, daß dadurch „das Schicksal anderer Nationen mit der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands verknüpft“ werde. Aber nur die Anleihen seien gerechtfertigt, die bis zum letzten Pfennig für produktive Zwecke Verwendung finden. Die Art, die die Lebensführung in Deutschland allgemein angenommen habe, sei entschieden zu mißbilligen. Das Uebermaß an Festen, die übertriebenen Bauten usw. entsprechen nicht unserer tatsächlichen Lage und erwecken im Ausland den falschen Eindruck, als ob das deutsche Volk, das den Krieg verloren habe, sich Dinge leisten könne, die den „Siegerstaaten“ verwehrt sind. Darin liege eine große wirtschaftliche und

politische Gefahr. Das Sein des deutschen Volkes sei durch angestrenzte Arbeit gekennzeichnet und stehe stark ab von dem Schein der Sorglosigkeit und des Lebensgenusses, der sich leider mehr und mehr in Deutschland zeige. Es sei bedauerlich, daß man im Ausland Deutschland mehr nach diesem Schein beurteile. Die Verwaltungsreform sei notwendig; der schroffe Gegensatz zwischen der wohlbedachten Rationalisierung der Wirtschaft und der umständlichen Verwaltung sei ein kräftiger Beweis, wie notwendig die von der Regierung begonnene Vereinheitlichung sei. Man könne kein Land (Bundesstaat) zwingen, seine Selbständigkeit aufzugeben, aber wenn ein Land den Weg zum Reich finden wolle, dürfe man ihm den Weg nicht verwehren. Wir können nicht der optimistischen Auffassung sein, daß wir als Volk auf die Dauer in den gleichen Verhältnissen leben wie jetzt, wenn wir nicht den Mut aufbringen, entscheidende Schritte in dieser Beziehung zu tun.

Lloyd George gerade bei den Bestimmungen des Versailler Vertrags geipielt hat, die von der Abrüstung handeln — er ist es gewesen, der Deutschland eine 100 000-Mann-Truppe aufgewungen hat —, so muß man einräumen, daß hier ein sehr zuständiger Richter der Ausführung des Versailler Vertrags durch die Kriegsgewinner das Urteil gesprochen hat.

Chamberlain in seiner Antwort an Lloyd George hat die englische Deffenlichkeit beschworen, den Völkerbund um alles willen nicht zur Parteisache zu machen. Der „Manchester Guardian“ hat die Antwort auf diese Antwort vorgekommen, indem er zu Lloyd Georges Rede erklärte: „Der Völkerbund ist an keine Partei gebunden, aber man soll nicht vergessen, daß der Völkerbund seine Daseinsberechtigung verliert, wenn er sich außerstande erweist, den Krieg zu verhindern.“ Das angesehenere liberale Blatt scheint demnach bereit zu sein, Lloyd George auf dem Weg, den er betreten hat, zu folgen. Gleichwohl ist damit noch nicht bewiesen, daß die Liberale Partei den Kampf für die Abrüstung mit dem gleichen Temperament und der gleichen Eindeutigkeit weiterführen wird, wie sie ihn begonnen hat. Wir werden gut tun, das als innerenglische Angelegenheit zu betrachten, wobei wir uns auf das Amt des aufmerksamen Zuschauers zu beschränken haben. Inzwischen aber dürfen wir die Äußerung des einen der drei Totenrichter von Versailles zu den Alten nehmen; unter der Rubrik „Der Vertragsbruch unserer Gegner“ mögen sie zu gelegentlicher Verwendung sorgsam aufgehoben bleiben.

Neueste Nachrichten

Evangelischer Beamtentag

Düsseldorf, 1. Nov. Eine Versammlung des Verbands evang. Beamtenevereine der Rheinprovinz und Westfalens erhob in einer Entschlieung Widerpruch, daß die evang. Beamten und Bewerber immer mehr grundsätzlich unberücksichtigt bleiben, in erster Linie in den preußischen Ministerien, dann aber auch in den Schulen jeder Art; es schein überhaupt nicht mehr nach der Tüchtigkeit eines Schulmanns gefragt zu werden.

England und die Entschädigungsfrage

London, 1. Nov. Der „Manchester Guardian“ schreibt zu der Denkschrift Parker Gilberts an die deutsche Reichsregierung, aus der Mahnung Gilberts könne man nur den Schluß ziehen, daß der Dawesplan abgeändert werden müsse. Die große Schwierigkeit, heißt es in dem Artikel, besteht darin, wie die Riesensumme von 2,5 Milliarden Goldmark jährlich an die Gläubigerstaaten transferiert (d. h. in fremder Währung von Deutschland ausbezahlt) wird. Wenn bisher die kleineren Dawesleistungen glatt transferiert werden konnten, so kommt dies daher, weil dazu mittels Auslandsanleihen fremdes Geld benötigt werden konnte. Das hat aber jetzt aufgehört. In den ersten vier Monaten 1927 sind überhaupt keine öffentlichen deutschen Anleihen im Ausland aufgelegt worden, und die privaten Anleihen haben nur ein Viertel des Betrags von 1926 erreicht. So muß der Transfer im nächsten Jahr ungeheure Schwierigkeiten verursachen, wenn nicht die deutsche Währung wieder ernstlich gefährdet werden soll, wofür nicht die deutsche Regierung, sondern der Dawes-Transferauschuss die Verantwortung trägt. Wenn nun Anleihen aus dem Ausland nicht mehr zur Verfügung stehen, so bleibt für den Transfer nur der gesteigerte Warenaustausch mit einer für Deutschland günstigen Handelsbilanz übrig. Die deutsche Handelsbilanz ist aber gegen 1926 schlechter geworden, so daß Deutschlands Außenhandel auf geradezu wunderbare Weise sich ausdehnen müßte, wenn nicht entweder die Daweschuld oder die Anleiheschuld

Württemberg

Stuttgart, 1. November.

Landesgetreideschau im Jahre 1928. Infolge der schlechten Erntewitterung dieses Jahres muß davon abgesehen werden, bei der für das landwirtschaftliche Hauptfest 1928 von der Landwirtschaftskammer vorgeesehenen Landesgetreideschau Getreide von der Ernte 1927 zu verwenden. Für den Preiswettbewerb können daher nur Proben aus dem Erntejahr 1928 zugelassen werden.

Auswirkung der Herausnahme der gewerblichen Räume aus der Wohnungszwangswirtschaft. Der Württ. Industrie- und Handelstag hat auf Anfrage des Deutschen Industrie- und Handelstags zur Frage der Auswirkungen der Herausnahme der gewerblichen Räume aus der Zwangswirtschaft Stellung genommen und ist zu der Feststellung gekommen, daß von nachteiligen Auswirkungen der Freigabemaßnahmen der württ. Regierung, die eine Verringerung bzw. Aufhebung derselben aus volkswirtschaftlichen Erwägungen nahelegen, in Württemberg heute unter keinen Umständen gesprochen werden kann, daß vielmehr die Herausnahme der gewerblichen Räume aus der Zwangswirtschaft im Interesse der Befreiung der Wirtschaft von allen unnötigen Fesseln nur begrüßt werden kann.

Stuttgart, 1. Nov. Krankheitsstatistik. In der 41. Jahreswoche vom 9.—15. Oktober wurden in Württemberg folgende Fälle von gemeingefährlichen und sonstigen übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet: Diphtherie 18 (tödlich —), Genickstarre 1 (1), Kindbettfieber 2 (—), Tuberkulose der Lunge und des Kehlkopfs, sowie anderer Organe 12 (31), Milzbrand 1 (—), Ruhr 1 (—), Scharlach 12 (—), Typhus 7 (—), Spinale Kinderlähmung 10 (1).

Aus dem Lande

Waiblingen, 1. Nov. Gefährliche Jungenfreizeite. Nachmittags spielten einige schulpflichtige Knaben auf dem freien Platz östlich der ehemaligen Ziegelei Heß an einer Blechtonne, gossen Wasser auf ungelöschtes Karbid und zündeten dieses an. Zwei der Knaben wurden durch die Stichflamme und den abspringenden Deckel des Fasses erheblich verletzt, einer davon mußte ins Bezirkskrankenhaus verbracht werden. Eine Anzahl Fenster Scheiben wurden ebenfalls eingedrückt.

Dehringen, 1. Nov. Tödlich verletzt. Der Hilfsarbeiter Friedr. Schäfer von Michelbach, der bei Gleisarbeiten zwischen Neuenstein und Waldenburg beschäftigt war, wurde am Sonntag vom Trittbrett eines vorbeifahrenden Güterzugs erfasst und tödlich verletzt.

Rot am See, 1. Nov. Schwere Unfallunglück. Am Samstag abend fuhr der Sohn des Uhrmachers Weith in Langenburg mit dem Auto seines Vaters in schnellem Tempo durch den Ort. An der Kurve beim Lager der Firma Gscheid verlor der Führer die Herrschaft über sein Fahrzeug und überannte die vom Dienst im Postamt heimkehrende Emilie Bräuninger. Sie starb auf dem Transport ins Krankenhaus Kirchberg. Die Bräuninger begleitende Freundin Rosa Wacker wurde in einen Graben geschleudert, erlitt aber nur einige leichtere Verletzungen. Die Eltern der Emilie Bräuninger erfuhren erst nach Mitternacht von dem Unglück ihrer Tochter. Der 22-jährige Weith, der ohne Kenntnis seines Vaters fuhr, hat sich nach seiner Rückkehr von Rot am See

durch Erhängen das Leben genommen. Sonntag früh fanden ihn seine Eltern auf der Bühne tot vor.

Mergentheim, 1. Nov. Saisonluß. Mit dem heutigen Tag schließt auch das Kurhaus Hohentlohe seine Pforten und es hat damit die diesjährige Kurzeit ihr Ende erreicht. Die Bad Mergentheim A.-G. kann mit voller Befriedigung auf den Verlauf derselben zurückblicken, sie hat wiederum den Beweis von dem andauernden Aufschwung des Karlsbads erbracht.

Eine hochherzige Stiftung für ein Altersheim für alte, gebrechliche und bedürftige Personen im Betrag von 125 000 Mark ist von einer Mergentheimerin, Frau Elisabeth Denni, geb. Hoffmann, Gattin von Louis Denni in Kalifornien, beim Stadtschultheißenamt eingegangen.

Nürtingen, 1. Nov. Neue Autolinie. Am 4. November d. J. wird der Kraftwagenlinienbetrieb Nürtingen-Degerloch und Degerloch-Unterboihingen eröffnet.

Leonberg, 1. Nov. Vermißt. Seit 10 Okt. wird bei am 28. Mai 1907 in Eitingen N. Leonberg geborene und zuletzt dort wohnhaft gewesene Gottlob Friedrich Dürr vermißt. Der Vermißte war zuletzt bei Fa. Kraft u. Steiner, Stuttgart, Replerstraße 26, beschäftigt.

Böblingen, 1. Nov. Schwere Unfall. Gestern nachmittag ereignete sich beim Mönchsbrunnen ein Zusammenstoß zwischen zwei Motorrädern, wovon eines von einer Frau aus dem Bezirk gelenkt wurde. Drei Personen sind dabei schwer verletzt worden, die eine Unterbringung ins hiesige Bezirkskrankenhaus notwendig machte. Der Unfall ist auf zu rasches und unvorschriftsmäßiges Fahren zurückzuführen.

Heidenheim, 1. Nov. Hochwassererregung. In Burgberg fand unter zahlreicher Beteiligung aus nah und fern die Einweihung der neuen Hochwassererregung statt.

Vom Ries, 1. Nov. Jubiläum. Die weithin berühmte St. Georgskirche in Nördlingen kann in diesem Jahr ihr 500jähriges Jubiläum der Grundsteinlegung feiern. Gleichzeitig wird damit der 400. Gedenktage der Einführung der Reformation in Nördlingen, und zwar am Sonntag, den 6. November, begangen werden.

Laichingen, 1. Nov. Schwere Motorradunfall. Bei Nellingen stießen zwei Motorradfahrer, die auf derselben Straßenseite fuhren, zusammen. Hierbei wurde ein Mädchen aus Mehrstetten, das zu Verwandten in Treffensbuch reifen wollte, vom Soziusstiel geschleudert und durch den Sturz schwer verletzt.

Döhlenhausen, N. Biberach, 1. Nov. Jagdergebnis. Bei den letzten Treibjagden erzielte man folgendes Ergebnis: in Erdemmoos: 9 Rehe, 4 Füchse, 4 Hasen, 1 Schneise, 1 Rebhuhn; in Rottum: 6 Rehe, 6 Hasen und 1 Fuchs; in Eicher: 5 Rehe und 7 Hasen.

Leutkirch, 1. Nov. Schwere Autounfall. Am Sonntag nacht um 11 Uhr stieß die Opel-Vimouline von Hahn hier zwischen Friesenhofen und Urfau auf einen Baum und wurde schwer beschädigt. Die Insassen, Dentist Schweinberger, sowie Frau Marie von Grönenbach bei Memmingen, wurden schwer verletzt. Der Führer des Autos, Hahn, blieb unversehrt.

Vom Allgäu, 1. Nov. Spinale Kinderlähmung. Während die Kinderlähmung im Stadtbezirk Kempten zum Stillstand gekommen ist, sind in Wank bei Kesselwang zwei neue Fälle festgestellt worden. Auch in Pfronten ist ein Fall zur Anzeige gelangt, der einen tödlichen Verlauf genommen hat.

Sigmaringen, 1. Nov. Die preußische Regierung in Hohenzollern. Aus Anlaß des Todes des Fürsten Wilhelm von Hohenzollern hatten, wie der Süddeutschen Zeitung geschrieben wird, die Reichsbehörden in Sigmaringen die Absicht gehabt, am Tage der Ueberführung und der Beisetzung der Leiche die Flagge auf Halbmast zu setzen und dazu das Einverständnis der vorgesetzten Reichsbehörde in Stuttgart herbeizuführen. Nach kurzer Zeit erschien jedoch der preußische Regierungspräsident bei den Reichsbehörden, stellte diese wegen ihrer Absicht zur Rede und bezeichnete sie als unangehörig. Nach einer Stunde kam die Nachricht aus Stuttgart, daß auf Antrag von Berlin die Reichsflagge aus Anlaß des hohenzollernischen Todesfalles nicht gehißt werden dürfe. Schon vorher hatte der erwähnte Regierungspräsident den eingeleiteten preußischen Beamten die Teilnahme an den Trauerfeierlichkeiten und an der Beisetzung überhaupt verboten.

Aus Stadt und Land

Nagold, 2. November 1927.

Mehr wert ist Sehnsucht als ihre Erfüllung. Erfüllung ist Untergang: die reife Frucht fällt vom Baum.

Allerseelen

Der Seelentag am Allerseelenfest
Zahllose Seelenfüßlein fliegen läßt.
Als Sonnenfüßlein hüßend Busch und Hag,
Als Sonnenfüßlein hellend auf den Tag.
Und von der Sonnenfüßlein Glanzgeweb'
Kommt Allerseelentages Lichtgeschweb'.

Und von der Fünklein Milliardenchar
Ist Allerseelentag so hell und klar.

Christian Wagner.

Der Allerseelentag war ursprünglich in erster Linie für das Andenken an die Toten bestimmt; er hat im Laufe der Zeit freilich seine Bedeutung wenigstens als öffentlicher und allgemeiner Totenfeiertag an den vorangehenden Allerheiligentag abgeben müssen. Nur sein Namen nimmt noch auf diese Bedeutung Bezug. Noch am Ende des ersten christlichen Jahrtausends galt er als öffentlicher Feiertag und wurde durch den Abt Adilo von Clugny von Allerheiligentag getrennt. Die heutige Form der Totenerhebung, der Gang zum Friedhof, das Schmücken der Gräber, das Totenamt, war in der christlichen Allerheiligentag von altersher üblich. Man wandert an diesem Tag in Trauergewändern hinaus zu den Gräbern, schmückt sie mit Blumen und Kränzen. Diese christliche Form der alten Opfer, die Kränze Blumen und Lichter als Symbole der Unsterblichkeit und

höherer Vollkommenheit, geben nicht bloß dem tief empfindenden Gedenken an die verstorbenen Lieben Ausdruck, sondern helfen auch, den Schmerz der Zurückgebliebenen zu mildern. Solange man selbst noch atmet, im irdischen Licht und etwas tun kann für die, welche der Tod uns entriß, fühlt man sich erhoben und geträufelt in dem Gedanken, noch hier auf Erden durch die unsterblichen Bande der Liebe mit ihren Seelen verbunden zu sein. Ob taub, ob stumm, sie leben doch, die wir ins stille Grab gefenkt, solange ein Herz auf Erden noch in Liebe ihrer treu gedenkt.

Verammlung der Deutschen Bau- und Siedlungsgemeinschaft e. G. m. b. H. Darmstadt

Von genannter Gemeinschaft wurde gestern abend zu einer Verammlung in den Waldhornsaal eingeladen, in der Herr Schäfer aus Darmstadt mit einem mehr als einstündigen Referat die Ziele seines Verbands erörterte. In ruhiger, sachlicher Weise deutete der Referent, daß die Bekämpfung bereits bestehender Baugenossenschaften nicht der Zweck seines Vortrages sei, sondern daß seine Ausführungen in der Hauptsache gegen die heutige ins Maßlose gestiegene Zinswirtschaft gerichtet sein sollen. In Konsequenz dessen sei die Wohnungsbau-gemeinschaft, die er vertritt, der Ansicht, daß in erster Linie mit zinslosem Bauen der breiten Masse des Volkes am besten gebient sei. An Hand von verschiedenen Beispielen wurde nachgewiesen, daß bei der Deutschen Bau- und Siedlungsgemeinschaft-Darmstadt auch „der geringste unter der Bräuben“ zu einem Eigenheim komme, wenn, was die Hauptsache ist, der erforderliche Idealismus vorhanden sei. Selbstverständlich würde es hier zu weit führen, alle Einzelheiten des Vortrages näher zu beleuchten, doch darf gesagt werden, daß wohl fast alle Anwesenden mit der Grundtendenz des Vortrages einverstanden waren, was der lebhafteste Beifall am Schluß der Ausführungen bewies. In der Diskussion kamen sowohl Anhänger der Gemeinschaft der Freunde in Wüstenrot als auch ein ehemaliger Wüstenroter, ferner solche, die in der Mitte stehen, und solche, die mit Darmstadt sympathisieren, zu Wort, worauf der Herr Referent jeweils ausführlich reagierte. Gegen 12 Uhr konnte die Verammlung — trotz manchmal etwas heftiger Auseinandersetzungen, die lediglich prinzipielle Natur waren — geschlossen werden. Vorausichtlich wird in nächster Zeit eine Ortsgruppe der obengenannten Siedlungsgemeinschaft ins Leben gerufen und es ist dann für die in Frage kommenden Interessenten möglich, über weitere Einzelheiten Näheres zu erfahren.

Altensteig, 1. Nov. Auszeichnung. Bei der vom Gauverband Süddeutschland im Verbands deutscher Amateurphotographenvereine in Darmstadt am 30. Oktober eröffneten Photo-Ausstellung sind zwei Mitglieder des hiesigen Vereins für hervorragende Leistungen in der Lichtbildkunst ausgezeichnet worden und zwar: Heinrich Henzler, Kaufmann, mit der Verbandsmedaille und Urkunde und Karl Wädle, Steuerinspektor, mit dem Ehrenpreis des hiesigen Verkehrsverbandes Darmstadt und mit einer Verbandsurkunde.

Wart, 2. Nov. Auszeichnung. Der Herr Staatspräsident hat dem Christian Walz, Diensthilf bei dem Landwirt Jakob Rothfuß hier die Medaille der König Karl Jubiläumstiftung verliehen.

Herrenberg, 1. Nov. Neubearbeitung des Stadtbauplanes. In einer der letzten Sitzungen des Gemeinderats wurde auf den Antrag von Stadtschultheiß Schick beschlossen, der Neubearbeitung des Stadtbauplanes näherzutreten. Heute war zu diesem Behufe Stadtbaurat Dr. Marquardt aus München, der früher Referent im württ. Ministerium des Innern war, um die Stadt in dieser Sache zu beraten, anwesend. Dr. Marquardt, der in der Nachkriegszeit, solange er noch beim Ministerium war, mehr denn 100 Ortsbaupläne aus- und umgearbeitet hat, u. a. auch diejenigen von Böblingen, Nagold, Waiblingen, Liebrenz, Derendingen, schickte seinem Vortrag zuerst einige allgemeine Bemerkungen voraus, in welchen er u. a. ausführte: Vor dem Krieg hat man 2 Arten von Kleinstädten unterschieden, 1. solche, die durch die starke Entwicklung der Industrie, in Beziehung auf den räumlichen Ausbau ihrer Gemeinden den Großstädten gleichkommen wollten, sie wollten in dem Wettrennen nicht zurückbleiben. 2. solche, die ihr bestehendes idyllisches Dasein zwischen Wald und Flur beibehalten wollten. Beide Richtungen sind heute im Absterben begriffen. Dem sinnlosen Anwachsen der Großstädte muß entgegengetreten werden, und hier fällt den Kleinstädten eine Aufgabe zu mitzuhelfen, sie sind dazu berufen, den Strom der Zuwanderung teilweise auf sich zu lenken. Hier in Herrenberg finden wir 3 Bevölkerungstypen: 1. das alteingesessene Kleinbürgertum, das durch den Entzug von Grund und Boden gewissermaßen heimatlos geworden ist; 2. das vom Land her zugezogene Bürgertum, und 3. den Kreis der Arbeiterschaft. Man hat es früher verkannt, dem alteingesessenen Bürgertum für den ihm durch das Baugelände entzogenen Boden Ersatz zu schaffen, und dadurch hat es die Bodenständigkeit verloren. Die zweite Gruppe der vom Land zugezogenen Bevölkerung braucht erst recht Gelände, um sich landwirtschaftlich betätigen zu können, und für die 3. Gruppe muß Platz für den Wohnungsbau geschaffen werden. Dies sind die Grundbedingungen, die an dem neuen Stadtbauplan gestellt werden müssen. Die Altstadt hier ist ein wahres Musterbeispiel mittelalterlicher Städtebaukunst, hier ziehen sich die Gassen um den Berg in horizontaler Richtung herum, sie passen sich dem Berge an, während sie in Böblingen den Berg hinansteigern; darum ist hier auch das Stadtbild so schön und reizvoll. Die Eigenart des Stadtkörpers mit seiner mächtigen Kirche und seinem am idealen Marktplatz gelegenen Rathaus, um das sich das Bürgertum gruppiert, muß erhalten bleiben. Ein Stadtbauplan stellt das bauliche und wirtschaftliche Programm einer Stadt dar. Doch muß die Entwicklung von einem einheitlichen und zielbewußten Willen des Bürgertums befeuert sein. Vor allen Dingen muß ein Plan aber wirtschaftlich sein. Ein Stadtbauplan darf nicht star, nicht dogmatisch, sondern er muß beweglich sein. Der Stadtbauplan zerfällt in Aufteilungsplan und Siedlungsplan; ist er richtig gemacht, so wird er Generationen überdauern. Hier in Herrenberg ist der Bahnhöfen allumarm an die Stadt herangerückt, so daß die Stadt an ihn förmlich angelehnt ist. Die Kosten für den generellen Plan würden etwa 3000 Mk. betragen. Dr. Marquardt wird mit der Ausführung des Plans beauftragt, der bis Januar kommenden Jahres fertig sein möchte.

Freudenstadt, 1. Nov. Unglücksfall. Montag vormittag verunglückten in der heiligen Betriebswerkstätte die verheirateten Betriebswerkstättenarbeiter Karl Hofsch und Gotthilf Frey. Sie trugen miteinander eine schwere Walze, einer von ihnen rutschte aus und die Walze fiel auseinander. Frey erlitt eine schwere Gehirnerschütterung und Quetschungen des Brustkorbs, er wurde sofort ins Bezirkskrankenhaus verbracht. Hofsch erlitt einen Schlüsselbeinbruch.

Neuenbürg, 31. Okt. Schwarzwild? Spaziergänger wollten gestern am Bionierweg ein großes Wildschwein beobachtet haben. Das Tier sei durch den Kanal geschwommen und dann über das Bahngleis verschwunden.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Prinz Georg Wilhelm v. Schönau-Carolath †. Der zweite Sohn der Gemahlin des früheren Kaisers, Prinz Georg Wilhelm von Schönau-Carolath, ist im Krankenhaus in Grünberg (Schlesien) den Verletzungen erlegen, die er am Sonntag bei einem schweren Motorradunfall erlitten hatte. Die Mutter des Verunglückten, Prinzessin Hermine, hat die Nachricht in Berlin erhalten, als sie sich auf der Reise zu ihrem verunglückten Sohne befand.

Eine reformierte Theologenschule. Gelegentlich der vom Reformierten Bund in Eberfeld veranstalteten zweiten Theologischen Woche wurde von reformierten Kirchenvertretern die Errichtung einer theologischen Schule beschlossen. Für diese Gründung war ausschlaggebend, daß die jungen Theologiebesessenen, die vom Realgymnasium und von der Oberrealschule abgingen, auf die Universität mit dem empfindlichen Mangel an Kenntnis der alten Sprachen (Hebräisch und Griechisch) kommen, die gerade für die Erkenntnis der heiligen Schrift notwendig sind. Es sollen Kurse für angehende Studenten der Theologie mit Ergänzungsprüfungen in den einzelnen Sprachen eingerichtet, auch sollen die Besucher der Schule in das Ganze der Bibel eingeführt und mit dem Heidelberger Katechismus bekannt gemacht werden. Als Sitz der Schule wurde Eberfeld bestimmt. Sie soll möglichst Ostern 1928 ins Leben treten. Alle reformierten Gemeinden sollen um tatkräftige geldliche Unterstützung gebeten werden.

Fünfzehn Schulgesetzveruche. Seit dem Jahr 1817 sind in Preußen und im Reich 15 Veruche gemacht worden, eine einheitliche Regelung des Schulwesens herbeizuführen. Für Preußen verlangte die Instruktion vom 23. Oktober 1817 eine allgemeine Schulordnung. Die preußische Verfassung von 1850 nahm die Forderung wieder auf. In der Folge haben 14 von 17 Kultusministern bis 1906 wieder dazu einen Anlauf genommen, aber über die Regelung von Einzelfragen kamen die Entwürfe nicht hinaus. Die Weimarer Verfassung entwarf das Verlangen wieder, wiewohl sie nur die grundsätzliche reichsgesetzliche Regelung des Rechts der Minderheiten (Artikel 146) und die gesetzliche Regelung des Religionsunterrichts (Art. 149) verlangt, also nicht etwa ein allgemeines Schulgesetz. Die Reichsminister Koch, Schiele und Kühl haben seitdem erneute Veruche gemacht; sie sind wie die früheren zum Teil schon in der Vorbereitungsphase geblieben. Mit dem Keudellischen Entwurf ist man beim 15. Veruch angelangt.

Die Kosten des Völkerbunds. Während 1921 der Haushalt des Völkerbunds 21 250 000 (Schweizer) Franken betrug, wird er sich nach dem Voranschlag für 1928 auf rund 25 Millionen belaufen, wovon fast 10 Millionen auf das Internationale Arbeitsamt fallen, dessen Direktor, der Sozialist Albert Thomas, ein Jahresgehalt von 60 000 Franken bezieht. Weit höher ist das Gehalt des Generalsekretärs des Völkerbunds, das 80 000 RM. beträgt nebst 21 111 Reichsmark Wohnungsgeld und 45 000 RM. Aufwandsentschädigung, während sein Stellvertreter „nur“ 60 000 RM. Gehalt und 20 000 RM. Aufwandsentschädigung bezieht. Die beiden Untergeneralsekretäre erhalten dasselbe Gehalt, aber nur 10 000 RM. Aufwandsentschädigung. So stufen sich die Gehälter für das 500 Köpfe betragende Personal weiter nach unten ab. Immerhin bekommen die Schreibmaschinenfräulein 6400—8000, die Krankenpflegerinnen 8000 und sogar die Pförtner noch 6400 RM. Gehalt. Verhältnismäßig niedrig sind die Gehälter der Dolmetscher mit 15 200 RM. Gehalt.

Flugzeugunglück. Auf dem spanischen Militärflugplatz Getafia stießen zwei Flugzeuge in 90 Meter Höhe zusammen. Die beiden Führer, ein Major und ein Interoffizier, kamen ums Leben.

Bei Kunstflügen mit einem offenen einmotorigen Dreiflügel-Sportflugzeug in Dessau stürzte der bewährte Junkerspilot Diplomingenieur Karl Blauth tödlich ab. Er hatte gerade aus 1000 Meter Höhe eine Ueberflügelung nach vorn ausgeführt und wollte die Maschine bei 400 Meter Höhe wieder in die richtige Lage bringen. Der Apparat stürzte aber nach unten durch und fiel auf dem Flugplatz der Junkerswerke zu Boden. Blauth war sofort tot, das Flugzeug wurde zertrümmert.

295 Todesopfer der „Masafalda“. Die Schiffsahrtsgesellschaft „Navigazione Generale Italiana“ in Genua gibt endlich zu, daß der Untergang der „Masafalda“ 295 Menschenleben gekostet hat. Sie behauptet, es seien genügend Rettungsboote und Floße vorhanden gewesen. Diese Behauptung wird aber durch eine Erklärung des geretteten Professors Gini, des Vorstands des italienischen Amtes in Rom, widerlegt. Nach seinem Zeugnis waren die Rettungsboote alt und undicht; sie gingen unter, als sie das Wasser berührten. Während des Rettungswerts habe an Bord die größte Unordnung geherrscht. Mit dem Kapitän Gull gingen 10 andere Schiffsoffiziere und die Mehrzahl der Passagiere unter, während von 146 Arabern des Zwischendecks nur drei fehlten. Es ist nun festgestellt, daß die Maschinen der „Masafalda“ schon längere Zeit ungenügend und schadhast waren, es ist daher unverantwortlich, daß ein solches Schiff noch mit starker Besatzung durch Reisenden auf eine so große Reise geschickt wurde. Es hätte kaum mehr für den Mittelmeerdienst genügt.

Die Kuppel der Grabeskirche in Jerusalem hat unter dem Erdbeben im September so sehr gelitten, daß sie erneuert werden muß. Der Zutritt zu dem Raum ist von der Behörde verboten worden.

Eine neue Vieh- und Wildseuche in Polen. Wie aus einer Mitteilung der Pommerellenen Bienenwirtschaft hervorgeht, wird Pommerellen augenblicklich von einer bisher unbekanntem Vieh- und Wildseuche heimgesucht. Schon im Jahr 1926 war diese Seuche, die sogenannte Bollinger Wild- und Viehseuche, in mehreren Kreisen Kongreßpolens aufgetreten und ist jetzt von dort nach Pommerellen eingeschleppt worden, wo schon in vielen Gebieten, Staats- und Privatforsten sehr schwerer Schaden unter Hausieren und Wild angedichtet wurde. Die Erkennungsmerkmale sind: Große Hitze des Tiers, Anschwellen der Weichteile an Kopf, Hals, Mandeln, Ausfluß aus den Nasenlöchern, rauhe Zunge, kurzer Atem und Appetitlosigkeit. Das Vieh fällt in vier bis acht Tagen, mitunter sogar schon in 12 Stunden. Besonders empfindlich gegen die Seuche ist das Jungvieh. Auch unter dem Wild in den Forsten sind durch die Seuche große Verheerungen verursacht worden. Die Verbreitung der Seuche war nur dadurch möglich, daß die polnische Seuchenpolizei vollkommen verfaßt hat.